

Anlage 1
zur Vorlage KT 31/2006
am 08.12.2006



Kommunale Prüfung und Beratung

Prüfungsbericht

Allgemeine Finanzprüfung
Landkreis Ludwigsburg 2000 - 2004

Stuttgart, 18.10.2006

GEMEINDEPRÜFUNGSANSTALT BADEN-WÜRTTEMBERG

2 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Prüfung

2.1 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

Die positive Entwicklung der Überschussquote des Verwaltungshaushalts setzte sich im Prüfungszeitraum zunächst weiter fort. Dabei konnte die gravierende Zunahme des Finanzierungsbedarfs im Verwaltungs- und Betriebsbereich im Jahr 2000 durch den Zuwachs der Netto-Deckungsmittel, die vorrangig aus der rückläufigen LWV-Umlage und dem steuerkraftbedingten Mehreinnahmen bei der Kreisumlage resultierten, ausgeglichen werden. Im Jahr 2001 erreichten bei weitgehend plankonformer Entwicklung die allgemeinen Deckungsmittel ihren Höchstwert. Unterstützt vom außerplanmäßigen Rückgang der unterdurchschnittlichen sozialen Leistungen sowie die geringeren sonstigen Finanzausgaben wies die Überschussquote eine Rekordhöhe aus. Die erhebliche Entlastung der Umlagezahler führte 2002 zu einem gravierenden Rückgang an allgemeinen Deckungsmitteln. Gleichwohl ergab sich durch den nochmaligen Rückgang des Zuschussbedarfs im Verwaltungs- und Betriebsbereich erneut eine bemerkenswert gute Überschussquote. Die bereits im Vorjahr begonnene Umkehr des Entwicklungsverlaufs bei den sozialen Leistungen sowie die in Teilen unvermutete Anhebung des LWV-Umlagesatzes führten dazu, dass die Netto-Deckungsmittel 2003 nicht mehr ausreichten um den Haushaltsausgleich zu ermöglichen, sodass dieser nur über eine Zuführung des Verwaltungshaushalts bewerkstelligt werden konnte. Dem anhaltenden Ausgabenanstieg bei der LWV-Umlage und dem Zuschussbedarf der Epl. 0 bis 8 wurde 2004 durch eine kräftige Anhebung des Kreisumlagesatzes Rechnung getragen. Die erzielte Überschussquote lag deutlich über dem Durchschnittsniveau und ermöglichte nicht nur die Schuldendienstfinanzierung sondern auch zu einem Großteil den vorzeitigen Fehlbetragsausgleich.

Die **Investitionsausgaben** im Prüfungszeitraum von insgesamt 96 Mio. EUR sind zu rd. 31 v.H. mit Eigenmitteln, zu 22 v.H. mit Zuweisungen und Zuschüssen und zu 43 v.H. mit Krediten und einem Fehlbetragsanteil von 4 v.H. finanziert worden. Der im Vorprüfungszeitraum entstandene Fehlbetrag wurde in 2000 abgedeckt. Die weit überdurchschnittliche **Verschuldung** des Landkreises hat, beeinflusst durch hohe außerordentliche Tilgungen, deutlich abgenommen

und erreichte 2004, unter Ausweitung der internen Verschuldung, ihr niedrigstes Volumen. Unter Berücksichtigung der internen und externer Darlehen lag die im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt anfänglich über doppelt so hohe Gesamtverschuldung zum Ende des Prüfungszeitraumes noch um 40 v.H. über dem Durchschnittswert.

Das Haushaltsjahr **2005** brachte bedingt durch die drei großen Reformprojekte eine gravierende Veränderungen in der Aufgaben- und damit einhergehend in der Finanzstruktur des Verwaltungshaushalts, sodass die einzelnen Zahlungsströme vielfach nur noch sehr eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar sind. Die **Netto-Deckungsmittel** sind in Folge der Anhebung des Kreisumlagesatzes, höherer Schlüsselzuweisungen und die Zunahme der allgemeinen Zuweisungen sowie durch den weitgehenden Wegfall der LWV-Umlage gestiegen. Herausragend war auch die Erhöhung des **Zuschussbedarfs im Verwaltungs- und Betriebsbereich**, dessen Hauptzuwächse im Verlauf der Personal- und Sachausgaben sowie der sozialen Leistungen lagen. Die nach seiner Deckung verbleibende Überschussquote verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. EUR auf 10,3 Mio. EUR.

Bei einer Zunahme der Netto-Investitionsrate in dieser Größenordnung waren die Finanzierungsverhältnisse des Vermögenshaushalts von einer erheblichen Ausweitung des Kreditfinanzierungsanteils (+ 32 v.H. Prozentpunkte) auf 76 v.H. geprägt. Der aus 2003 vorgetragene Fehlbetrag wurde weiter abgebaut.

Mittelfristig soll in den Jahren 2006 bis 2009, unter Annahme einer weiter steigenden Steuerkraft, der Kreisumlagesatz auf dem Niveau von 2005 verbleiben. Die aus steigenden Schlüsselzuweisungen und dem höheren Kreisumlageaufkommen prognostizierten Mehreinnahmen sollen zu einer anhaltenden Zunahme der Netto-Deckungsmittel führen. Bei einer weiter rückläufigen Eigendeckungsquote nimmt der Finanzbedarf in den Leistungsbereichen des Verwaltungshaushalts weiter zu, gleichwohl soll die Überschussquote gegenüber dem 2005 erreichten Ergebnis zunehmen und neben der Schuldendienstfinanzierung auch einen Investitionsfinanzierungsbeitrag, über dem 2004 erreichten Niveau, ermöglichen.

Die im Vergleich zum Prüfungszeitraum höheren durchschnittlichen Investitionsausgaben in den **Vermögenshaushalten** 2006 bis 2009 sollen zu 23 v.H. mit Eigenmitteln, 10 v.H. mit Zuweisungen und Zuschüssen und zu 67 v.H. über Kreditaufnahmen finanziert werden. Aus dem gegenüber 2005 verbesserten Finanzierungsverhältnisses wird eine erhebliche Zunahme der Netto-Neuverschuldung des Kämmereihaushalts (+ 52 Mio. EUR) auf 123 Mio. EUR erwartet, wobei die interne Verschuldung um rd. 9 Mio. EUR abnehmen soll. Mit Blick auf die Unwägbarkeiten der Ausgabenentwicklung im Verwaltungshaushalt und den Stand der Umlagebelastung sollte der prognostizierte Verschuldungsverlauf unter Fortführung der Konsolidierungsbemühungen im Verwaltungshaushalt und einer kritischen Erforderlichkeitsprüfung bei den Investitionsausgaben als Obergrenze verstanden werden. (Rdnrn. 1 bis 10)

2.2 Wesentliches Ergebnis der Prüfung

Die Prüfung hat sich aufgrund der wirksamen örtlichen Prüfung auf einzelne Schwerpunkte und im Übrigen auf Stichproben beschränkt. Sie hat den Eindruck einer insgesamt gut geordneten Verwaltung vermittelt. Wo in einzelnen Bereichen noch Feststellungen zu bereinigen oder Verbesserungen möglich sind, zeigt der folgende Überblick.

Personalwesen

Personalfälle bei denen die Bewilligung einer Zulage für eine höherwertige Tätigkeit länger zurück liegt sollten überprüft und die sachliche Begründung neu festgestellt werden. (Rdnr. 19)

Für die Schulhausmeister sollten Arbeitszeitaufzeichnungen geführt, die Erforderlichkeit der Überstundenpauschalen überprüft und deren Bemessung an den TVöD angepasst werden. (Rdnr. 21, 22)

Für die Schulsekretariat sollten Arbeitszeitregelungen getroffen und die geleistete Arbeitszeit in Zeitnachweisen festgehalten werden. (Rdnr. 24)

Soziale Angelegenheiten

Die anfangs rückläufigen (kassenwirksamen) **Aufwendungen für die laufende soziale Sicherung** haben in den Jahren 2002 und 2003 sprunghaft gravierend zugenommen. Im Jahr 2004 ging die Zuwachsrate leicht zurück, war dabei aber immer noch erheblich. Ursächlich waren vorrangig der enorme Anstieg der LWV-Umlage und die anhaltende Zunahme der Sozialhilfeleistungen wobei durch die ab 2003 zusätzlichen Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz keine direkte finanzielle Entlastung erkennbar war. Die Kinder- und Jugendhilfeaufwendungen waren gleichfalls von regelmäßigen Steigerungen geprägt. Aufgrund der unterdurchschnittlichen Belastung in der Sozialhilfe war die Gesamtbelastung vergleichsweise niedriger als im Durchschnitt der Landkreise. (Rdnrn. 27 bis 31)

Es sind nach wie vor, in größerem Umfang, nicht bearbeitete Altakten mit wesentlichen Forderungen vorhanden. (Rdnr. 34)

Bei der Jugendhilfe sind teilweise Kostenerstattungsansprüche nicht geltend gemacht worden. (Rdnr. 36)

Für die Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II ist der überörtlichen Prüfung ein Prüfungsrecht einzuräumen. (Rdnr. 39)

Die Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe in Einrichtungen ist näher zu prüfen. (Rdnr. 47).

Die Abgrenzung zwischen Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege ist zu prüfen. Es sind Kostenreduzierungen möglich. (s. Rdnrn. 48 bis 51)

